



Humanitas Helvetica e.V.

Newsletter



Frauen- und Kinderhandel kein Thema am Europäischen Polizeikongress in Berlin

Richard Benda

Terrorismus, Organisierte Kriminalität (OK) und Cybercrime waren die vorgesehenen Themen des 19. Europäischen Polizeikongresses in Berlin. Auf Grund der herrschenden Flüchtlingskrise in Europa wurde aber fast ausschliesslich über Asyl und die damit verbundene Kriminalität vorgetragen und diskutiert. Selbst die vorgesehenen Themen OK und Cybercrime wurden nur am Rande gestreift. Für weitere Themen wie Menschenenschmuggel oder Zwangsprostitution war da kaum Platz.

Eine Antwort, wie man die Millionen auf unseren Kontinent drängenden Menschen versorgen und integrieren kann, ohne die ansässig Bevölkerung nicht zu überstrapazieren, konnte keiner der beim Kongress anwesenden Politiker geben. Vermutlich gibt es auch keine Ideallösung. Der berechtigte Wunsch das Problem durch Frieden in Syrien zu lösen ist vorhanden, doch ist der Einfluss Europas auf das Geschehen im Nahen Osten marginal. Mehrere Nationalstaaten haben sich daher entschlossen aktuelle Entscheidun-

gen zu treffen, auch wenn sie wehtun.

Die Kraft des Tatsächlichen hat offensichtlich auch in der Politikerkaste gewirkt, wie die rund 800 Kongressteilnehmer, die sich am 23. und 24. Februar dieses Jahres im Berliner Kongresszentrum einfanden, erstaunt vernahmen. Während der deutsche Kanzleramtsminister Peter Altmaier noch von einem „Wir schaffen das“ dahinträumte, sprach der Staatssekretär im Innenministerium Dr. Ole Schröder schon anders. Nach Erkenntnissen des Innenministeriums schickt der IS (Richti-

ger ist die Bezeichnung DAISH – Dawlat al Islamiyah fâl Iraq w Belaa al Sham) gezielt Terroristen mit gefälschter Identität nach Europa. Durch Straftaten und Kriminalität soll Hass gegen Flüchtlinge geschürt werden und dadurch unter den enttäuschten Flüchtlingen rekrutiert werden. Schröder sieht auch passive Prävention gegen Selbstmordattentäter ungeeignet. Seine Strategie: Aufrüstung der Nachrichtendienste und der Polizei.

In dasselbe Horn blies Dr. Hans-Georg Maassen, Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Er bestätigte, dass Terrororganisation Flüchtlinge als Rekrutierungspotenzial ansehen. 300 Hinweise hat man auf Dschihadisten erhalten, davon 2/3 über die IS - DAISH. Bei 1/5 der Hinweise konnte die Person tatsächlich identifiziert und lokalisiert werden. Grösstes Problem ist, dass etwa 70% der Flüchtlinge keine Pässe haben, ihre tatsächliche Identität nur mit grösstem Aufwand abgeklärt werden kann. Identitätsklärung war für Vizepräsident des BKA Michael Kretschmer das Thema, er sieht darin eine gigantische Aufgabe. Von den im Jahr 2015 einer Million gespeicherter Fingerabdrücke waren 40% von Asylanten. Sehr unterschiedlich ist auch der Anteil der Kriminellen im Flüchtlingsstrom. So sind in Deutschland 50% der georgischen Straftäter als Asylanten eingereist. Serben und Kosovaren benützen scheinbar ebenfalls Asyl als Möglichkeit des Einreisens zu kriminellen Zwecken. Interessant was Kretschmer über die Brandanschläge gegen Flüchtlingsheime von sich gab: 80% der Täter sind aus der Ortschaft, weitere 10% aus der unmittelbaren Nähe. Also: Globale Ursache bei lokalen Tatorten.

Die wissenschaftliche Seite des nahöstlichen Terrors beleuchtete Dr. Peter Neumann vom King's College in London.



Islamischer Staat auf dem Vormarsch nach Europa! (Bild: Fotolia; 76806770 ; © i-picture)

Er sieht eine neue Terrorwelle herandämmern, wenn es gelingt, den IS - DAISH tatsächlich aus den Städten Raka und Mosul zu verdrängen. Die existentielle Bedrohung der Terrororganisation führte schon im Herbst 2013 zu einer Welle von ausländischen Kämpfern ins Kampfgebiet.

Die andere Seite des Flüchtlingsproblems zeigte der einzige österreichische Redner, General Karl Mahrer, auf. In Wien sind bereits 90% der Strassendealer Asylanten. Zum Problem könnten beschäftigungslose Asylanten werden, die schon jetzt ungefähr 20% ausmachen. Der soziale Frieden könnte durch einen ungelinkten Flüchtlingsstrom gefährdet werden.

Ein trauriges Bild über seine Agentur zeichnete der Exekutivdirektor von Frontex Fabrice Leggeri. Die 2005 gegründete Grenzschutzagentur, musste das Wort „Schutz“ eigentlich aus dem Namen streichen. Die Rechte von Frontex sind armselig, so dürfen ihre Beamten nicht einmal das Schengen-Informationssystem (SIS), das Fahndungssystem der EU, verwenden. Nicht Frontex ist Schuld wenn es an den Grenzen ein Chaos gibt, sondern die Staaten die ihr so wenig Rechte gab.

Als echte Überraschung erwiesen sich die vier ehemaligen und vier amtierenden Innenminister. So klare Worte wie sie in zwei Diskussionsrunden gesprochen wurden, vermisst man üblicherweise. So kritisierte Dr. Beckstein, dass eigentlich nur dumme Flüchtlinge an der deutschen Grenze erwischt und zurückgeschickt werden. Nur 6 der 66 Grenzübergänge zu Österreich werden kontrolliert. Beckstein bestätigte auch, dass sich Flüchtlinge kaum an Vorgaben und Zuweisungen halten. Alleine während Oktoberfestes 2015 verschwanden in München ca. 50% der Asylwerber.

NRW-Innenminister Dr. Ingo Wolf konnte ebenfalls wenig Positives berichten. Obwohl mit Asylanten an der Kapazitäts-



Frauen- und Kinderhandel kein Thema am Europäischen Polizeikongress in Berlin
(Bild Fotolia; 102222910 ; © djedzura)

grenze, ist keine signifikante Steigerung der Kriminalität sichtbar geworden, doch die Intensität der Delikte ist stärker geworden. Stark zugenommen haben lediglich Taschendiebstähle.

Die Langsamkeit der Justiz sieht er als behindernd an. Während Wolf zugab, dass es in den Grossstädten des Ruhrgebietes bereits No-go-Areas gibt, bestritt dies der Innensenator von Berlin Frank Henkel. Ein Kurzausflug nach Kreuzberg oder Wedding wäre für den Senator vielleicht angebracht. Wenn die Polizei in gewisse Gebiete nur mehr in Hundertschaften einrücken kann, ist das kein No-go-Area? Der Realität ins Auge blicken ist eben für einen Politiker schwer. Berlin ist mit 80.000 Asylanten voll ausgelastet. „Bei einem weiteren Ansturm müsste man schon Zelte am Kurfürstendamm aufstellen“, so Wolf im Originalton.

Dr. August Hanning, Präsident des Bundesnachrichtendienstes a.D., gibt wieder der Abschiebungspraxis eine Teilschuld an der Situation. Wenn ausjudizierte Verfahren nicht abgeschlossen werden und

trotz rechtlich vorhandener Gründe nicht abgeschoben wird, fragt sich der Bürger, ob noch ein Rechtsstaat vorhanden ist.

Der ob seiner kräftigen Worte bekannte bayerische Innenminister Joachim Herrmann brachte es auf den Punkt. 17.000 Einsätze in Flüchtlingsunterkünften sind nicht wegzuleugnen, auch wenn die Mehrheit der Fälle einfache Diebstähle und Roheitsdelikte untereinander betreffen. Nach Herrmanns Meinung sind Rückführungen konsequent durchzuführen, will sich der Rechtsstaat nicht ad absurdum führen. Wenn der Staat verlangt, dass die Bürger Entscheidungen des Staates akzeptieren, dann kann er nicht selbst das Recht brechen.

Unisono kritisierten die Innenminister den Personalabbau der letzten Jahre. Schön, meinte der Berliner Innensenator, wenn man die Polizei in Berlin jetzt um 1'000 Beamte aufstockt, aber die letzten Jahre wurden 1'800 abgebaut.

Irgendwann wird doch die Flüchtlingswelle zu Ende gehen und damit alle mit ihr verbundenen Probleme, oder? Keine Chance meinte Uwe Kranz, ehemaliger Europol-Berater. Der Krieg im Nahen Osten ist noch lange nicht aus und in Nordafrika warten schon Millionen Menschen um in Europa ihr Glück zu finden.

Eine einzige Ausnahme unter den Rednern war Pierre Reuland, Sonderbeauftragter der Interpol bei der EU. Sein Vortrag widmete sich dem Thema **Kinderpornos** im Internet. Hier sieht man sowohl bei den Tätern, als auch bei den Opfern steigende Zahlen. Während 2014 5'785 Opfer festgestellt wurden, waren es 2015 schon 8'217. Bei den Tätern stieg die Zahl im letzten Jahr von 2'965 auf rund 4'000. Erfolge bei den Ermittlungen können laut Reuland nur durch internationale Zusammenarbeit erreicht werden. ●

Zwangsprostitution oder Menschenschmuggel kein Thema

Themen wie Zwangsprostitution oder Menschenschmuggel wurden in keinem offiziellen Vortrag angesprochen, doch sehr wohl in den Pausengesprächen der Delegierten. Ohne Frage ist doch auch Schlepperei eine Facette des Menschenhandels. Die von manchen Politikern und humanitär geprägten Menschen verlangte staatliche Zuführung von Asylanten aus dem Nahen Osten nach Europa, sah kein einziger der Anwesenden als Lösung an. Das Phänomen der Zwangsprostitution unter weiblichen Asylwerbern wäre da schon leichter zu lösen. Die Auflösung von Grosslagern und kleinere Wohneinheiten würden das Problem weitgehend lösen. Auch die inhumane Taktik bei Grenzdurchbrüchen Frauen, Alte und Kinder in die vordersten Reihen zu zwingen wurde angesprochen. Möglicherweise war die Themenauswahl dieses alljährlich stattfindenden Kongresses ausschlaggebend, dass die Schweiz im Publikum kaum und bei den Vortragenden überhaupt nicht vertreten war, Humanitas Helvetica war aber Vorort und wird sich weiterhin gegen den Frauen- und Kinderhandel einsetzen.

Hans-Ulrich Helfer, Präsident

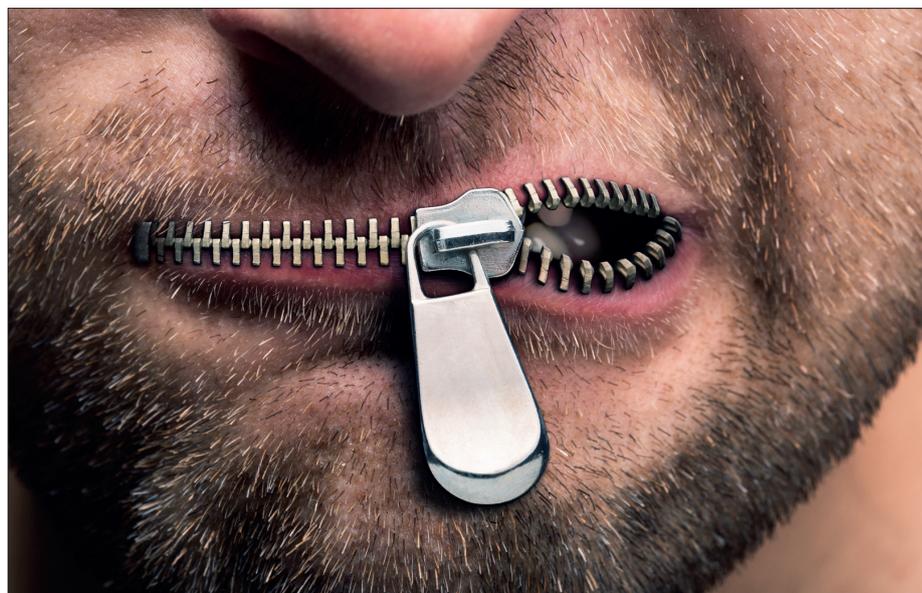
Lage für Journalisten schlechter geworden.

Reporter ohne Grenzen veröffentlichte die Rangliste der Pressefreiheit 2015. In der Mehrzahl der 180 bewerteten Länder ist die Lage für Journalisten und unabhängige Medien im vergangenen Jahr schlechter geworden. Zu den wichtigsten Gründen zählt die gezielte Unterdrückung oder Manipulation der Medien in Konfliktregionen. Daneben missbrauchen viele Staaten den angeblich nötigen Schutz der nationalen Sicherheit, um Einschränkungen der Pressefreiheit durchzusetzen.

Immer öfter werden auch Journalisten, die über Proteste berichten, zur Zielscheibe der Gewalt von Polizei oder Demonstranten. Daneben unterdrücken in vielen Ländern Terrorgruppen, Milizen oder Verbrecherkartelle unliebsame Informationen mit Einschüchterung und skrupelloser Gewalt. Zur vielerorts verheerenden Lage von Journalisten und Bloggern tragen schliesslich auch Zensur und Gewalt im Namen von Religionen bei. Die Rangliste der Pressefreiheit 2015 vergleicht die Situation für Journalisten und Medien in 180 Staaten und Territorien für den Zeitraum vom 15. Oktober 2013 bis zum 14. Oktober 2014. Deutschland liegt in diesem Jahr auf Platz 12 (+2) hält sich damit im oberen Mittelfeld der EU-Staaten.

Erosion des „europäischen Modells“

Eine deutliche Verschlechterung der Pressefreiheit war 2014 in einigen Staaten der Europäischen Union zu beobachten. In Italien (73, -24) gerieten erschreckend viele Journalisten durch Mafia-Drohungen, Anschläge und unbegründete Verleumdungsklagen unter Druck. In Bulgarien (106, -6) ging die Finanzaufsicht auf der Grundlage eines im Eilverfahren verabschiedeten Gesetzes mit Ermittlungen und Geldstrafen gegen Journalisten vor, die über Missstände in der Finanzindustrie berichtet hatten. Zunehmende Medienkonzentration und staatliche Eingriffe in Personal- oder Redaktionsentscheidungen beeinträchtigen die Pressefreiheit in Ungarn (65, -1). In Luxemburg (19, -15) behindern Angriffe auf den Quellenschutz und enge Verbindungen zwischen Politik, Wirtschaft und Medien den aufkeimenden investigativen Journalismus.



In der Mehrzahl der 180 bewerteten Länder ist die Lage für Journalisten und unabhängige Medien im vergangenen Jahr schlechter geworden. (Bild: Fotolia; 55303328; © Nomad_Soul)

Zensur im religiösen Gewand

Immer mehr Länder nutzen Verbote von Blasphemie (Gotteslästerung) oder Religionsbeleidigung, um politische Kritik zu unterdrücken. Zu dieser Gruppe zählen Staaten wie Saudi-Arabien (164, unverändert) und Iran (173, unverändert), aber auch Kuwait (90, +1) und Indien (136, +4). In jedem dieser Länder wurden 2014 Blogger oder Journalisten verhaftet, weil sie sich kritisch über religiöse Gruppen oder über Staatsorgane geäussert hatten, die sich religiös zu legitimieren versuchen.

Wichtige Auf- und Absteiger

Grösster Absteiger in der Rangliste 2015 ist Andorra (32, -27), wo wirtschaftliche Konzentration und Interessenkonflikte schärfer zutage getreten sind und jegli-

cher gesetzliche Schutz für Meinungsfreiheit und die Vertraulichkeit journalistischer Quellen fehlt. Vor allem die Macht der Banken auch als Anzeigenkunden ist ein ernsthaftes Problem für die Unabhängigkeit der Medien. Grösster Aufsteiger ist die Mongolei (54, +34). Die Umwandlung der staatlichen in öffentlich-rechtliche Medien

hat dort zu einem deutlich verbesserten Umfeld für die Arbeit von Journalisten beigetragen.

Spitzenreiter und Schlusslichter

Die Spitzenplätze der Rangliste nehmen Finnland, Norwegen und Dänemark ein. Dazu tragen etwa liberale Regelungen über den Zugang zu Behördeninformationen sowie der Schutz journalistischer Quellen bei. In Finnland haben die Bürger seit 2010 sogar ein einklagbares Recht auf eine bezahlbare Breitbandverbindung. Am Ende der Rangliste halten sich unverändert Eritrea, Nordkorea und Turkmenistan - Diktaturen, die die Medien ihrer Länder so gut wie vollständig kontrollieren. (Siehe umfangreiche Website: www.reporter-ohne-grenzen.de) ●

Impressum

Humanitas Helvetica e.V. - Newsletter



Herausgeberin

Humanitas Helvetica e.V.
Mimosenstrasse 5, 8057 Zürich
<http://www.humanitas-helvetica.ch>

Verantwortlicher Redaktor

Hans-Ulrich Helfer
helfer@humanitas-helvetica.ch

Layout, Website

Swisswebmaster GmbH
info@swisswebmaster.ch

Erscheinungsweise

Regelmässig als Print- oder Online-Ausgabe.

Bezug, Unterstützung

Website: www.humanitas-helvetica.ch
Unkosten- und Unterstützungsbeiträge bitte auf Postcheckkonto: 85-587554-5:
IBAN CH50 0900 0000 8558 7554 5
Vermerk: „Spende“

Druck
Eigendruck

Copyright
Alle Rechte vorbehalten.

Kein Frauenhandel



Humanitas Helvetica e.V.
www.humanitas-helvetica.ch